

wären, allenfalls unter Androhung geistlicher Strafen aufzufordern, das Raubgut den Eigentümern zurückzustellen oder im jüdischen, eventuell im Altstädter Rathause abzugeben. Den Juden wurde gestattet, für den Fall, als ihnen die unrechtmäßigen Besitzer ihres Eigentums bekannt wären, denselben in Gegenwart eines städtischen Gerichtsbeamten die geraubten Sachen wegzunehmen. Was sie auf diesem oder jenem Wege zurückerhielten, war aber gar nicht der Rede wert.

Um dem Treiben der Denunzianten ein Ende zu machen, erließ die kgl. Statthalterei am 28. Dezember — allerdings schon nach dem Ausweisungsbefehl — eine Verordnung des Inhalts, daß alle jene, denen Tatsachen über hochverräterische Umtriebe der Juden bekannt wären, dieselben binnen drei Tagen bei Gericht anzugeben haben. Nach Verstreich dieses Termins werde derartige Beschuldigungen kein Glauben geschenkt werden. Ob Anzeigen daraufhin eingegangen sind, ist nicht bekannt. Die Akten geben darüber keinerlei Aufschluß. Jedenfalls aber ist es auf diese Weise gelungen, das üppig aufgeschossene Denunziantentum zu beseitigen.

Unzählige Male hatten es die Juden in den letzten Wochen zu hören bekommen: Maria Theresia sei von ihren hochverräterischen Beziehungen zu den Preußen genau unterrichtet und derart erbittert, daß sie beschlossen habe, nach der Wiedergewinnung Prags nicht allein die Prager Judenschaft, sondern alle Juden in Böhmen und Mähren bis auf den letzten Mann ausrotten zu lassen. Die ganz entschiedene Abneigung der Königin gegen die Juden, aus der sie nie ein Hehl gemacht und die sie seit ihrem Regierungsantritt wiederholt sogar öffentlich bekundet hatte, war allgemein bekannt. Man wußte, daß sie, während sie von den Adeligen, Geistlichen und Bürgern, die ihr im Jahre 1741 die Treue gebrochen und dem bayerischen Kurfürsten gehuldet und gedient hatten, nur wenige und die nur glimpflich bestraft, die andern aber wieder zu Huld und Gnaden annahm, in geradezu leidenschaftlicher Weise es der ganzen Prager Judenschaft nachtrug, daß einige wenige ihrer Mitglieder sich während der französischen Okkupation Prags 1741/43 gegen ihre Untertanspflicht vergangen hatten. Und man hatte noch in ganz frischer Erinnerung, daß sie, als sie im Jahre

1743 zur Krönung nach Prag kam, es strengstens verbot, daß ein Jude die Prager Burg betrete. Das alles wußten natürlich auch die Juden ganz genau, sie kannten Maria Theresias Abneigung gegen das Judentum schon aus einer Zeit, als sie den Thron noch gar nicht inne hatte. Sie mußten daher unter allen Umständen damit rechnen, daß ungünstige, wenn auch unwahre oder tendenziös entstellte Berichte über ihr Verhalten während der Preußenherrschaft Maria Theresia in ihrem Groll gegen die Juden im allgemeinen und die Prager Judenschaft im besonderen verstärken, ja in dem Maße aufpeitschen könnten, daß sie sich vielleicht würde zu einem Willkürakt hinreißen lassen, der Tausende unschuldiger Menschen ins Unglück stürzen mußte.

Die Prager Judenschaft war deshalb schon zeitig darauf bedacht, auf Umwegen — an eine direkte Rechtfertigung war bei der gegebenen Lage der Dinge nicht zu denken — der Königin wahrheitsgemäße Informationen zukommen zu lassen. Einen solchen Versuch unternahm sie, — wie aus einer undatierten, wahrscheinlich aber aus dem Jahre 1746 stammenden handschriftlichen „Information die Prager jüdischen Emigranten betreffend“ nur andeutungsweise hervorgeht, — noch während der preußischen Okkupation. Die näheren Umstände, unter welchen diese Aktion erfolgte, mit wessen Hilfe und mit welchem Erfolg diese geschah, sind unbekannt. Einen zweiten Versuch unternahm die Prager Juden sofort nach den oben geschilderten Schreckenstagen, unter dem unmittelbaren Eindruck der Schandtat, deren Opfer sie geworden. Wie die von Prof. Dr. Lieben publizierte Chronik weiter erzählt, sandten sie am 28. November ein von einem Christen verfaßtes Schreiben, in welchem ihre ganze trostlose Lage eingehend dargestellt war, durch einen eigenen Eilboten an die Wiener Judenschaft mit der Bitte, Mittel und Wege zu suchen, wie die Königin richtig informiert und veranlaßt werden könnte, sie nicht ungehört zu verurteilen und zu bestrafen.

Kaum hatte aber dieser Bote Prag verlassen, trafen aus Wien sehr betrüblichen Nachrichten ein. Danach sprach man auch dort überall von dem unpatriotischen Verhalten der Prager Judenschaft und von schweren Strafen, welche ihrer harrten, auch seien in Wien schon Offiziere angelangt,

welche der Königin über die Räumung Prags durch die Preußen und die letzten Ereignisse Bericht zu erstatten hätten. Da entstand nun die gewiß berechtigte Besorgnis, diese Offiziere könnten, um die Schandtat der österreichischen Truppen nach der Wiederbesetzung der böhmischen Hauptstadt entschuldigbar oder gerechtfertigt erscheinen zu lassen und die Kommandanten von jeder Schuld zu entlasten, die Gelegenheit entsprechend ausnützen, um die Haltung der Prager Juden während der Preußenzeit in den dunkelsten Farben zu schildern. Bei dieser Lage der Dinge erschien es zweckmäßig, sofort einen eigenen Agenten nach Wien zu entsenden, der jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen müßte, um im Interesse der Judenschaft zu wirken. Die Wahl des Gemeindevorstandes fiel auf Samuel Koref, den klugen und geschickten Gemeindevorstand, der beauftragt wurde, mit Hilfe der Wiener Glaubensgenossen zu maßgebenden Persönlichkeiten bei der böhmischen Hofkanzlei und bei Hofe selbst Beziehungen zu suchen, um gewissermaßen noch in letzter Stunde die Abwendung des drohenden Unheils zu versuchen. Koref machte sich, begleitet von einem Diener, unverweilt auf den Weg. Allein schon auf der Fahrt traf ihn die Nachricht, daß die Königin bereits den Entschluß gefaßt habe, nicht nur die Prager, sondern sämtliche Juden aus ganz Böhmen und Mähren zu vertreiben. Trotzdem setzte er die Reise mit Eilpost fort und langte am 12. Dezember in Wien an. Die dortige Judenschaft wußte von einem endgültigen Entschlusse Maria Theresias noch nichts. Auf Ersuchen des Prager Sachwalters ließ sie jedoch durch ihre Vorsteher ungesäumt bei der böhmischen Hofkanzlei Erkundigungen einziehen. Diese ergaben, daß an der Richtigkeit der von Koref mitgebrachten Gerüchte nicht mehr zu zweifeln sei. Der Agent schickte sofort einen Eilboten mit der traurigen Nachricht nach Prag, fügte aber seiner Meldung den ihm offenbar von einer der böhmischen Hofkanzlei nahestehenden Persönlichkeit an die Hand gegebenen Ratschlag bei, die Prager Judenschaft möge mit größter Beschleunigung, eine mit allen nötigen und nützlichen Belegen versehene Supplik vorbereiten, durch die vielleicht doch noch eine Zurückziehung des Ausweisungsbefehls oder wenigstens eine Milderung seiner Durchführung bewirkt werden könnte.

Das ungarische Oberhaus zur Judenfrage

Budapest. In der Sitzung des Ungarischen Oberhauses vom 24. Juni hielt der berühmte jüdische Gelehrte und Szegediner Oberrabbiner Dr. Immanuel Loew, einer der beiden Vertreter der Israelitischen Glaubensgemeinschaft im Oberhaus, eine Rede, die mit gespannter Aufmerksamkeit angehört wurde. Er führte aus: In der inneren Verirrung unseres Landes scheint sich eine Besserung anzubahnen. Als Beweis dieses Umstandes kann in erster Reihe die Tatsache dienen, daß die durch den Numerus clausus verletzte Glaubensgemeinschaft infolge einer Initiative der Regierung und durch einen Beschluß der Nationalversammlung in diesem Hause eine Vertretung bekommen hat und mithin in die Lage versetzt ist, ihre Beschwerden hier zur Sprache zu bringen. Als Vertreter dieser Glaubensgemeinschaft habe ich die Ehre, hier das Wort zu ergreifen, ohne aber die Unterbreitung eines Beschlusses in der Frage des Numerus clausus zu beabsichtigen. Nicht als ob ich kein Vertrauen zur Weisheit und zum Wohlwollen dieser hohen Körperschaft hätte, wohl aber, weil ich der Auffassung bin, daß ein Gebot der nationalen Ehre ist, daß die Wiedergutmachung in dieser Frage von der Regierung selbst angeregt werden soll. Eine Regierung, die immer wieder auf die Notwendigkeit der Wahrung unserer kulturellen Ueberlegenheit verweist, muß ja bestrebt sein, ihrem in dieser Frage geäußerten prinzipiellen Standpunkt auch auf dem Gebiete der Praxis Geltung zu verschaffen und ihren Kultusminister in die Möglichkeit zu versetzen, das auch von ihm betonte Prinzip in die Tat umzusetzen. In der Hoffnung, daß dies befolgt werden wird, nehme ich den vorliegenden Staatsvoranschlag an. Der Unterrichtsminister Graf Klebelsberg kam in seiner großen Rede, in der er allen Rednern der Debatte antwortete, auch auf die Ausführungen Dr. Immanuel Loews zu sprechen und sagte: Der Abbau der Universitäten müßte mit einer Verschärfung des Nu-

merus clausus verbunden werden, weil wir ja dann noch weniger Platz für die Studentenschaft hätten. Die Folge wäre, daß die Söhne der Begüterten nach dem Ausland gehen, unser Geld hinaustragen und wir uns schließlich doch genötigt sehen würden, ihre im Ausland erworbenen Diplome auf Grund der internationalen Courtoisie zu nostrifizieren. Die heutige Regierung kann bloß die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Numerus clausus übernehmen, der seine Begründung im Verlust von zwei Dritteln des Landes und darin findet, daß die Nachkriegsjahre aus den Reihen der Heimkehrer eine übergroße Masse von Diplomierten geliefert haben. Auf die Angelegenheit des Prof. Adam zu sprechen kommend, erklärte der Minister, er werde der durch das Staatsoberhaupt in rechtsgültiger Weise erfolgten Ernennung Herrn Ludwig Adams zum Universitätsprofessor unbedingt Geltung verschaffen.

Bekanntmachung betr. Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 1926.

Unsere am 24. Mai 1927 stattgefundene Generalversammlung hat beschlossen, auf die Polizen, für welche im Geschäftsjahr 1926 die volle Jahresprämie bezahlt worden ist und auf welche Schäden nicht ausgezahlt sind,

80%

der gezahlten Kalenderjahresprämie als Gewinnanteil zurückzuerstatten. Die Ausschüttung findet ab 1. Juni 1927 durch uns statt.

„Gedevag“
Privat-Krankenversicherung
mit Gewinnbeteiligung
Bezirks-Direktion Leipzig, Nordstr. 1, II.

In Kürze

Riga. Der berühmte Rabbiner Schneursohn aus Lubawitsch wurde in Leningrad unter der Beschuldigung verhaftet, Geld für eine Jeschiwah gesammelt zu haben. — **London.** Sir Alfred Mond, Mitglied des Unterhauses und früherer Minister des Innern, wurde am 28. Juni vom Senat der Universität St. Andrews das Diplom eines Ehrendoktors dieser Universität feierlich überreicht. — **Jerusalem.** Die Briefe und Manuskripte Achad Haams wurden laut dem Vermächtnis des Denkers der Hebräischen Nationalbibliothek einverleibt. — **Newyork.** Das Kollegium des Jüdischen Theologischen Seminars unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Cyrus Adler ernannte Louis Marshall in Anerkennung seiner Verdienste um jüdische Wissenschaft und Erziehung zum Doktor h. c. der hebräischen Literatur. — **London.** Die Zeitschrift „Spectator“ macht den Vorschlag, daß im Zusammenhang mit der geplan-

ten Reform des britischen Oberhauses beschlossen werde, Vertreter der katholischen und der jüdischen Geistlichkeit in das Oberhaus aufzunehmen. — **Riga.** In der Moskauer Vorstadt Moreneroschtsche begann man mit dem Bau einer großen Synagoge; die Kosten sind mit 200 000 Goldrubel veranschlagt. — **Berlin.** Vor kurzem feierte der seit einem Jahr im Ruhestand lebende Stadt- und Distriktsrabbiner von Bamberg, Dr. Adolf Eckstein, seinen 70. Geburtstag. 38 Jahre übte er in Bamberg und Distrikt eine seelsorgerische Tätigkeit aus. Er ist der Historiker der bayerischen und besonders der nordbayerischen Judenheit. — **Charbin.** Nach fast zwei Jahre dauernden Verhandlungen haben die chinesischen Behörden endlich die Statuten der jüdischen Gemeinde von Charbin genehmigt und so den Bestand der Gemeinde legalisiert. Zu den Obliegenheiten der Gemeinde gehören laut Statuten erzieherische und soziale Tätigkeit. Die Gemeinde hat das Recht, Steuern zu erheben.

Aus der jüdischen Welt

Ein Jude Vizepräsident des Warschauer Stadtrats. Warschau. Zum Präsidenten des neugewählten Warschauer Stadtrats wurde der polnische Demokrat Jaworowski, zum Vizepräsidenten der Jude Melsel gewählt. Im Stadtratsekretariat sind zwei jüdische Stadträte beschäftigt: Dr. M. Hines für den jüdisch-nationalen Block und Siebert für den „Bund“.

Orthodoxe jüdische Führer Amerikas finden die religiöse Erziehung in Palästina zufriedenstellend. Jerusalem. Rabbiner M. S. Margulies, der Präsident der Union orthodoxer Rabbiner Amerikas, und Rabbiner Aaron Teitelbaum, Sekretär des Central Relief Committee und des orthodoxen Erziehungsfonds der amerikanischen Juden, die beide mehrere Wochen in Palästina zubrachten und das jüdische Schulwesen im Lande studierten, erklärten, sie seien mit dem Niveau des allgemeinen religiösen Unterrichtes zufrieden, insbesondere sei das misrachistische Schulwesen in den Städten und in den Kolonien sehr zu loben.

Die zionistische Exekutive gegen Entweihung jüdischer Feiertage in den Kolonien. Jerusalem. Die Besprechungen zwischen den Mitgliedern der zionistischen Exekutive und des Jüdischen Nationalfonds einerseits und den Oberabbinnern Kook und Jakob Meir, den Rabbinern Margulies und Berlin, sowie dem Maler Hermann Struck andererseits, die das religiöse Leben in den jüdischen Kolonien zum Gegenstande haben, werden fortgesetzt. Die Exekutive und die Leitung des Jüdischen Nationalfonds verurteilen die vorgekommenen Fälle öffentlicher Entweihung jüdischer Feiertage in auf dem Boden des Jüdischen Nationalfonds errichteten Kolonien auf das Entschiedenste und stellen strengste Maßnahmen in Aussicht, damit in Zukunft solche Vorfälle nicht weiter sich ereignen können. Anlaß gaben Vorfälle in Kfar Ezekiel, En Charod und Balfouria zu Schewuoth.

Kinderfürsorge der Gesellschaft „OSE“. Kowno. Die Gesellschaft für jüdischen Gesundheitsschutz OSE hat wie alljährlich auch in diesem Jahre aus den ihr vom JOINT zur Verfügung gestellten Mitteln eine sanitäre Kolonie für 150 Kinder, die an Lungenspitzenkatarrh, chronischer Bronchitis, Skrofulose und Blutarmut leiden, in einem Pinienwald eingerichtet. Außerdem wurde für 120 Kinder des Kreises Schaulen eine Sommerkolonie eingerichtet. In Kowno, Poniewesch, Wilkomir, Wilkowisch werden 350 Kinder in Kolonien verpflegt. Von den 6000 Schulkindern in Litauen, die unter medizinischer Aufsicht der OSE stehen, wurden 25 Prozent als „überwachungsbedürftig“ erkannt. Für alle diese wird Sommererholungsgelegenheit geschaffen. Die OSE-Organisationen bringen allein 70 Prozent der notwendigen Mittel auf. Auch in Lettland wird die Sommeraktion intensiv durchgeführt. In Riga und Reschice werden 900 Kinder auf Spielplätzen gepflegt. In Dünaburg wurde eine Sommerkolonie eingerichtet. Die Gesamtarbeit wird durch geschultes Personal unter Aufsicht der Schulärzte durchgeführt. (JTA.)